

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 30.11.2010

Mit dem Haushalt 2011 Impulse setzen für ein soziales Niedersachsen ohne neue Schulden

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Der Haushaltentwurf 2011 der Landesregierung und die entsprechenden Änderungsanträge der Regierungskoalition gehen an den Problemen und Herausforderungen des Landes vorbei. Der CDU/FDP-Koalition ist es abermals nicht gelungen, einen Landeshaushalt vorzulegen, der auf die Lösung der angestauten Probleme in Schlüsselfeldern der Landespolitik wie Bildung und Wissenschaft, Soziales und Gesundheit, Förderung des Arbeitsmarktes sowie Umwelt- und Klimaschutz abzielt.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Landesfinanzen werden von der gegenwärtigen Konjunkturbelebung und damit verbundenen Steuermehreinnahmen geprägt. Das Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2010 um voraussichtlich 3,4 % anwachsen. Für das Jahr 2011 prognostiziert die Bundesregierung eine Steigerung um 1,8 %.

Die Situation des Landeshaushaltes ist dennoch weiterhin stark geprägt von den Einnahmeeinbrüchen im Zuge der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise. Nach wie vor birgt die wirtschaftliche Entwicklung auch in Niedersachsen nicht zu unterschätzende Risiken. Gefahren ergeben sich vor allem angesichts der schleppenden wirtschaftlichen Erholung in den Vereinigten Staaten, die zu einer neuen Depression mit den entsprechenden negativen Folgen für die Weltwirtschaft führen kann. Aber auch die anhaltende Krise der Gemeinschaftswährung Euro, die ihre Ursache wiederum in massiv gestiegener Verschuldung öffentlicher Haushalte in einer Reihe von Staaten der Euro-Zone hat, birgt für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland nicht zu unterschätzende Risiken.

Die Krise ist nicht ausgestanden. Daher sind im Landeshaushalt Impulse für die Nachfragesteigerung dringend geboten. Diese Notwendigkeit ignoriert die Landesregierung. Es ist nicht hinnehmbar, dass öffentliche Investitionen im Landeshaushalt 2011 zurückgefahren werden. Das zeigt sich vehement beim Hochbau, der um 30 % im Vergleich zum Etatansatz 2010 gekürzt wird.

Obwohl sich viele Städte, Gemeinden und Landkreise in Niedersachsen an der Grenze ihrer finanziellen Handlungsfähigkeit befinden, unterbleiben seitens der Landesregierung bzw. der sie tragenden CDU/FDP-Koalition dringend erforderliche Schritte für eine durchgreifende Verbesserung der kommunalen Finanzsituation. Die kommunalen Kassenkredite in Niedersachsen sind auf über 4,5 Mrd. Euro angewachsen. Der sogenannte Zukunftsvertrag zwischen der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden in Niedersachsen, der jährlich bis zu 70 Mio. Euro für die Entlastung von kommunalen Kassenkrediten vorsieht, wird die spürbare Reduzierung der kommunalen Kassenkredite nicht ermöglichen. Er ist nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.

Der Haushalt 2011 weist nach wie vor keine aktive und präventiv wirkende Sozialpolitik aus. Die sogenannten freiwilligen Leistungen, die eigentlich eine zukunftsweisende Sozialpolitik abbilden müssten, wurden von der Landesregierung auf nur noch 61 Mio. Euro zusammengekürzt. Das sind weniger als 0,3 % des Landeshaushaltes. Die Landesregierung nimmt empfindliche Kürzungen im Bereich der Krankenhausinvestitionen und des Kostenausgleichs in der Behindertenhilfe vor. Damit wird tatsächlich bei jenen gekürzt, die sich am wenigsten dagegen wehren können und deren Mittel - im Sinne einer solidarischen Gesellschaft- umgekehrt deutlich erhöht werden müssten.

Im Kulturbereich besteht weiterhin großer Handlungsbedarf. Der doppelte Abiturjahrgang verlässt die Gymnasien, weswegen Kürzungen im Ausbildungsbereich nicht hinnehmbar sind. Das Ziel der Inklusion wird nicht ansatzweise angepackt; der Ansatz für die Lehrerfortbildung fällt hinter den Ausgaben des Vorjahres zurück. Nicht hinnehmbar ist ebenfalls, dass Schulgebühren beim Büchergeld und Schülertransport weiter bestehen bleiben.

Die Zuweisungen des Landes an die Hochschulen verharren seit Jahren auf einem Niveau, mit dem die drängendsten Probleme in Lehre und Forschung nicht bewältigt werden können. Die mit dem doppelten Abiturjahrgang einhergehenden höheren Anforderungen bleiben mit dieser Mittelausstattung weitgehend auf der Strecke. In der Erwachsenenbildung erfolgen sogar Mittelkürzungen.

Der Haushaltentwurf wird den ökologischen Notwendigkeiten nicht gerecht. Das betrifft ebenso die mit dem Klimaschutz verbundenen Herausforderungen. Unsachgemäße Kürzungen treffen den Naturschutz, die Förderung des ökologischen Landbaus sowie die Regionalvermarktung. Die notwendige Verknüpfung ökologischer und sozialer Notwendigkeiten unterbleibt auch dieses Mal. Es soll erneut kein Schulobst- und kein Schulmilchprogramm geben.

Der Haushaltentwurf für Inneres wird von dem Grundsatz „lustlos verwalten statt kreativ gestalten“ geprägt. Stiefmütterlich behandelt werden Stellenhebungen im Bereich der Polizei bzw. die Personalausstattung im Bereich des Datenschutzbefauftragten. Unzureichend etatisiert ist die Bekämpfung von Neonazismus und Neofaschismus.

Die Landesregierung setzt mit ihrem Haushaltentwurf 2011 den Weg in den Schuldenstaat fort. Die Nettokreditaufnahme wird in 2011 nahezu 2 Mrd. Euro betragen. Die Landesregierung und die sie tragende CDU/FDP-Koalition unterlassen es weiterhin, sich im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung für die Sicherung des Ausgleichs des Landeshaushaltes ohne neue Schulden einzusetzen. Nach wie vor unterbleiben seitens der Regierung McAllister/Bode Bundesratsinitiativen für die nachhaltige Verbesserung der Einnahmen des Landeshaushaltes in Milliardenhöhe durch die stärkere Beteiligung der wirtschaftlich Leistungsfähigen an den Kosten des Gemeinwesens. Ebenfalls ungenutzt bleiben ebenfalls die Möglichkeiten für dauerhaft höhere Einnahmen des Landes durch Verbesserung der personellen Ausstattung der Finanzämter.

In grober Weise verletzt wird der Grundsatz von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit. In den Entwurf des Landeshaushaltes 2011 sind von der Landesregierung Erlöse aus der Veräußerung von Landesvermögen in einem Umfang von 580 Mio. Euro eingestellt worden. Darunter befinden sich in nicht hinnehmbarer Weise Erlöse in Höhe von 18,5 Mio. Euro, die aus dem Verkauf von Landeswald an Private erzielt werden sollen. Der größte Teil der Vermögensveräußerungen betrifft allerdings „Luftbuchungen“ in einem Umfang von mindestens 300 Mio. Euro, deren Realisierung „in den Sternen steht“.

Angesichts der zu erwartenden Steuermehreinnahmen 2010 in Höhe von 915 Mio. Euro (auf Grundlage der Steuerschätzung November 2010) wird sich trotz gleichzeitig zu erwartender Mindereinnahmen von voraussichtlich 250 Mio. Euro bei Vermögensveräußerungen im Jahr 2010 eine um voraussichtlich rund 650 Mio. Euro reduzierte Nettokreditaufnahme des Landes ergeben. Infolgedessen wird die im Haushalt 2010 verankerte Nettokreditaufnahme in Höhe von 2,3 Mrd. aller Voraussicht nach nur mit 1,650 Mrd. Euro in Anspruch genommen werden.

Die Landesregierung weigerte sich aber beharrlich, angesichts dieser Situation einen Nachtragshaushalt 2010, wie auch von der Linksfraktion verlangt, vorzulegen. Die nicht genutzten Kreditverpflichtungen in Höhe von rund 650 Mio. Euro sollen nach dem Willen der Landesregierung für die massive Aufstockung der „Allgemeinen Rücklage“ im Landeshaushalt verwendet werden. Daraus sollen offenbar im Haushalt 2012 auch Wahlgeschenke von Schwarz-Gelb für die kommende Landtagswahl finanziert werden.

Die Änderungsanträge der CDU/FDP-Koalition zum Regierungsentwurf 2011 beinhalten - abgesehen von dem Aufwuchs für den kommunalen Finanzausgleich - ansonsten lediglich geringfügige Verbesserungen, namentlich für die Sanierung von Landesstraßen und den Neubau landeseigener Radwege. Die mangelnde Grundstruktur des Regierungsentwurfs wurde mit diesen Änderungsanträgen nicht verändert.

Die Landesregierung und die sie tragende Koalition müssen für die Bewältigung der wachsenden Herausforderungen und Probleme Niedersachsens - ohne die Aufnahme neuer Schulden - andere Schwerpunktsetzungen für den Landeshaushalt 2011 vornehmen. Der Regierungsentwurf 2011 ist daher gravierend sowohl auf der Ausgabenseite als auch auf der Einnahmeseite in folgenden Richtungen zu ändern:

Schwerpunkte für den Landeshaushalt 2011:

1. Bildung, Wissenschaft und Kultur

Ein zweites beitragsfreies Kita-Jahr einführen: + 70,0 Mio. Euro

Die Linksfraktion kämpft für gebührenfreie Bildungseinrichtungen. Die Einführung eines weiteren beitragsfreien Kita-Jahres ist ein wichtiger Schritt zu diesem Ziel - und im Übrigen im Koalitionsvertrag von CDU und FDP versprochen. Im Folgejahr soll dann auch das dritte Kita-Jahr beitragsfrei gestellt werden. Die Kosten belaufen sich etwa auf 70 Mio. Euro.

Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung bekämpfen: + 112,0 Mio. Euro

Es sollen sukzessive alle Barrieren in Bildungseinrichtungen abgebaut sowie vollständige Inklusion gewährleistet werden. In Kitas und in den Schulen sollen dafür bauliche Maßnahmen getroffen, die Arbeitsbedingungen verbessert und die Erzieherinnen und Erzieher bzw. Lehrerinnen und Lehrer fortgebildet werden, damit sie auf die gemeinsame Betreuung, Erziehung und Bildung vorbereitet sind. Für Investitionen in Köpfe und Beton verlangt die Linksfraktion zusätzliche 112 Mio. Euro.

Alle Arten von Schulgeld abschaffen: + 105,0 Mio. Euro

Zwar gibt es laut Gesetz kein Schulgeld, doch in der Realität wird dieses Verbot durch zahlreiche Ausnahmen unterlaufen. So müssen die Schülerinnen und Schüler bzw. die Eltern für Sachmittel selbst aufkommen, für die Verpflegung in der Schulmensa, für Schulbücher (ausgenommen: Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger) und für den Schülertransport nach Klasse 10. Diese versteckten Schulgebühren, die sich im Monat problemlos auf über 100 Euro summieren, sollen abgeschafft werden. Für das kommende Haushaltsjahr werden zusätzliche Landesmittel gefordert für die kostenfreie Mittagsverpflegung für Bedürftige (20 Mio. Euro), für einen Sachmittelfonds für arme Familien (5 Mio. Euro), für die Abschaffung des Büchergeldes (50 Mio. Euro) sowie für den kostenfreien Schülertransport auch nach Klasse 10 (30 Mio. Euro).

Einstellung von 60 zusätzlichen Schulpsychologinnen bzw. -psychologen: + 3,5 Mio. Euro

Niedersachsen ist bundesweites Schlusslicht, was die Pro-Kopf-Versorgung mit Schulpsychologinnen und -psychologen angeht. Im bundesweiten Durchschnitt gibt es einen Psychologen für 12 000 Schüler; in Niedersachsen muss sich ein Psychologe um 26 000 Schüler kümmern. Die zusätzlichen 60 Stellen sind daher ein absolutes Muss.

Einstellung von 2000 neuen Lehrkräften: + 100,0 Mio. Euro

Die Unterrichtsversorgung in zahlreichen Fächern ist nach wie vor flächendeckend mangelhaft. Eine Vertretungsreserve für vorübergehend abwesende Lehrerinnen und Lehrer (etwa durch Krankheit, Fortbildung, Klassenfahrt) ist in allen Fächern derzeit nicht vorhanden. Hinzu kommen große Klassen und hoher Leistungsdruck. Das Ergebnis sind gestresste Lehrkräfte und unzufriedene Schülerinnen und Schüler. Als ersten Schritt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in unseren Schulen brauchen wir 2 000 zusätzliche Lehrkräfte. Die Strategie der Landesregierung, den bestehenden Mehrbedarf vor allem zu Lasten der bereits Beschäftigten zu decken, muss gestoppt werden. Die Kosten betragen dabei etwa 100 Mio. Euro.

Bessere Bezahlung für angehende Lehrkräfte: + 20,0 Mio. Euro

Die frischen Lehrkräfte, die in ihrem Vorbereitungsdienst die zweite Phase ihrer Ausbildung absolvieren, sind derzeit völlig unterbezahlt. Sie verfügen über einen Hochschulabschluss auf Master-Niveau und werden fast wie Lehrlinge bezahlt. Die Bezahlung von etwa 1 100 Euro brutto muss daher um ein Drittel aufgestockt werden. Wer gute Lehrkräfte haben will und hohe Anforderungen an sie stellt, muss sie auch anständig bezahlen.

Verbesserung der Lehre sowie der Infrastruktur an Hochschulen: + 260,0 Mio. Euro

Der doppelte Abiturjahrgang und die Abschaffung der Wehrpflicht stehen vor der Tür. Und was macht die CDU/FDP-Koalition? Sie friert die Grundmittel für die Hochschulen für weitere fünf Jahre ein. Dabei werden sich allein aus Niedersachsen über zehntausend junge Menschen mehr als üblich um einen Studienplatz im Jahr 2011 bewerben. Die Hochschulen müssen daher dringend besser ausgestattet werden. Neben diesen Einmaleffekten haben zudem die Proteste der Studierenden und die einhergehende große Sympathie der Lehrenden und aus Fachverbänden gezeigt, dass die Hochschulen zu wenig finanziellen Spielraum haben, um gute Lehre und Forschung anbieten zu können. Die Linksfraktion fordert insgesamt 260 Mio. Euro mehr für die Hochschulen des Landes, um vorbildliche Lehre zu fördern, kaum bzw. gar nicht bezahlte Dozenten besser zu entlohnen, zusätzliche Verwaltungskräfte einzustellen, um die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu entlasten und um den Sanierungsstau an den Hochschulen endlich anzugehen. Zusätzlich müssen die Kapazitäten in den Masterstudiengängen ausgeweitet werden, damit alle Bachelorabsolventen einen Platz bekommen können.

Schluss mit den Studiengebühren: + 125,0 Mio. Euro

Studiengebühren tragen zur sozialen Selektion im Bildungswesen bei und müssen deswegen abgeschafft werden. Während die Studierenden mit reicheren Eltern die Gebühren häufig von diesen bezahlt bekommen, sind es gerade die Ärmeren, die noch mehr jobben und damit ihr Studium vernachlässigen müssen. Die Sozialerhebung des Studentenwerks hat zudem gezeigt, dass die Quote der „Elternwohner“ seit der Einführung der Gebühren fast um ein Drittel gestiegen ist. Wer sich die Gebühren also nicht leisten kann, muss auf Selbstständigkeit verzichten und bleibt bei den Eltern wohnen. Diese Stallpflicht muss weg. Niedersachsen wird sonst zur Gebühreninsel. Nur noch vier Bundesländer erheben die Campus-Maut für das Erststudium. Hessen und Saarland haben die Gebühren wieder abgeschafft, Nordrhein-Westfalen will 2011 folgen. Die Linksfraktion fordert die Abschaffung sämtlicher Studiengebühren (allgemeine Studienbeiträge, Langzeitstudiengebühren und Verwaltungskostenbeitrag).

Stärkung der Studentenwerke: + 3,0 Mio. Euro

Die Studentenwerke sind die soziale Säule im Studium und gravierend unterfinanziert. Mit der gewollten Öffnung der Hochschulen für Menschen aus der beruflichen Bildung wird der Beratungsbedarf seitens der Studierenden weiter steigen. Zusätzlich kommt nun der doppelte Abiturjahrgang auf die Hochschulen zu, was nicht nur zu einem reinen Anstieg an Erstsemestern führen wird, sondern auch zu Engpässen auf dem Wohnungsmarkt. Dies alles gepaart mit dem hohen Leistungsdruck, unter dem sich die Studierenden vom ersten Tag an befinden, und der nach wie vor schlechten sozialen Lage vieler Studierender kann es nur einen Schluss geben: Die Mittel für die Studentenwerke müssen erhöht werden - um 3,0 Mio. Euro.

Lebenslanges Lernen fördern - Kürzungen in der Erwachsenenbildung verhindern: + 12,0 Mio. Euro

Das lebenslange Lernen soll zielstrebig gefördert werden. Die Regierungskoalition wiederum kürzt seit Jahren bei der Erwachsenenbildung und beschränkt sich auf einige Feigenblattprogramme wie die „Offene Hochschule“. Zusätzliche Mittel gibt es in der Regel kaum, eher im Gegenteil. Es wird beantragt, Bildungsangebote und Programme für den nachträglichen Erwerb von Schulabschlüssen auszubauen und interessierte Menschen aus Ausbildung oder Beruf mit ausreichender Unterstützung auf ihrem Weg an eine Hochschule zu begleiten. Dafür werden zusätzlich 12 Mio. Euro etatziert.

Neugründung der Landeszentrale für politische Bildung: + 1,5 Mio. Euro

Niedersachsen hat als einziges Bundesland in Deutschland keine Landeszentrale für politische Bildung. Diese wurde zum 1. Januar 2005 abgeschafft. Gefordert wird die sofortige Wiedereinrichtung dieser Institution. Die Landeszentralen übernehmen wichtige Aufgaben in der Gesellschaft, indem sie zahlreiche Angebote zu aktuellen politischen Fragen und zur jüngeren Geschichte für verschiedene gesellschaftliche Schichten kostengünstig bereitstellen und damit die Demokratie und die Grundrechte festigen. Die Kosten betragen für das erste Jahr 1,5 Mio. Euro.

Stabilisierungsfonds für die kulturellen Einrichtungen im Land: + 11,0 Mio. Euro

Die kulturellen Einrichtungen spüren die Auswirkungen der Krise und der stagnierenden Landeszuweisungen ganz besonders. Ein breites kulturelles Angebot ist aber nicht das optionale Sahnehäubchen zum Dessert, sondern von großer Bedeutung für die Lebensqualität im Lande. Jeder hier investierte Euro zahlt sich doppelt und dreifach aus. Daher wird mehr Unterstützung für kulturelle Einrichtungen verlangt, um insbesondere durch den Ausbau von pädagogischen Angeboten sowie freie Eintritte Zugangshürden zu senken und Teilhabemöglichkeiten zu stärken.

2. Soziales**Ungewollte Schwangerschaften aus sozialer Not verhindern: + 10,0 Mio. Euro**

Seit Mitte 2009 mehren sich die Warnungen niedersächsischer Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen, dass viele Frauen und Paare aufgrund akuter Geldnot keine Verhütungsmittel nutzen können. Auf die Zunahme armutsbedingter Schwangerschaftskonflikte haben einzelne Kommunen bereits reagiert. Da die meisten Kommunen aber nicht zu einer Kostenübernahme in der Lage sind, wird eine Übernahme durch das Land für notwendig erachtet, das bislang schon für die Schwangerschaftsabbrüche aufkommen muss. Um allen Bedürftigen den Zugang zu Verhütungsmitteln zu ermöglichen, sollen als Landesförderung 10 Mio. Euro in den Landeshaushalt eingestellt werden.

Leben mit Behinderung in Niedersachsen: + 22,0 Mio. Euro jährlich sowie + 30,5 Mio. Euro Erstattung der Steigerung an Personal- und Sachkosten an die örtlichen Träger

Obwohl seit März 2009 die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung in Deutschland verbindliche Rechtsgrundlage ist, geht ihre Umsetzung nur sehr zögerlich voran. DIE LINKE sieht in Niedersachsen besonderen Handlungsbedarf im Abbau von Barrieren. Sie will daher 15 Mio. Euro für den barrierefreien Umbau des aktuellen Wohnraumbestandes und 7 Mio. für den Abbau von Barrieren im öffentlichen Personennahverkehr in den Haushalt einstellen. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, die faktischen Personal- und Sachkostensteigerungen in den Landeshaushalt einzustellen, die den Einrichtungen der Behindertenhilfe seitens der Landesregierung zunächst zugesagt und später wieder abgesprochen wurde. Für das Jahr 2011 sind dies 30,5 Mio. Euro.

Soziales Wohnungsbauprogramm Niedersachsen: + 25,0 Mio. Euro

Insbesondere in den Ballungsgebieten Niedersachsens ist ein Mangel an sozialem Wohnraum zu verzeichnen. Es fehlt sowohl an kleineren Singlewohnungen als auch an Wohnungen für größere Familien. Durch den demografischen Wandel und eine wachsende Zahl pflegebedürftiger Menschen fehlt es zudem an barrierefreien Wohnungen und an modernen Bauten für Mehrgenerationen-Wohnprojekte. Angeregt wird daher ein „Soziales Wohnungsbauprogramm Niedersachsen“, das mit jährlich 25 Mio. Euro schrittweise Abhilfe für die dargelegte Problematik schaffen soll.

Landesförderung für die flächendeckende Einführung von Sozialtickets für den öffentlichen Personennahverkehr und zur kulturellen Teilhabe: + 36,0 Mio. Euro für den Anschub und Beginn 2011 sowie Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von jeweils 95,0 Mio. Euro für die Folgejahre

In Niedersachsen wurden in einzelnen Kommunen Sozialtickets für den öffentlichen Personennahverkehr eingeführt. In Anlehnung an und Weiterentwicklung des sogenannten Brandenburger Modells sollen Sozialtickets auch in Niedersachsen flächendeckend eingeführt werden. Durch bezahlbare Mobilität soll der gesellschaftlichen Ausgrenzung von Armut entgegen gewirkt werden. In gleicher Logik soll dieses Ticket einen kostenfreien bzw. finanziell deutlich reduzierten Zugang zur kulturellen Teilhabe ermöglichen (Museen, Theater, usw.).

Landesförderung des Fünf-Euro-Wochenendtickets für Rentnerinnen und Rentner - Einführung 2011: + 18 Mio. Euro Barmittel für Anschub und Beginn 2011 sowie Verpflichtungsermächtigungen von jeweils 82 Mio. Euro für die Folgejahre

Unter den ca. 1,8 Millionen Rentnerinnen und Rentnern in Niedersachsen gibt es viele, die sich nur unter großem Verzicht eine reguläre Fahrkarte leisten können. In der Folge reisen viele ältere Menschen - vorwiegend Frauen - nicht bzw. so selten, dass sich auch hier von einer armutsbedingten Ausgrenzung sprechen lässt. Daher wird vorgeschlagen, das Wochenendticket der Deutsche Bahn AG, das allgemein für 35 bzw. 37 Euro angeboten wird (bis zu fünf Personen), für die genannte Gruppe auf 5 Euro zu reduzieren. Auch hier ist eine Einführung für das IV. Quartal 2011 vorgesehen.

Sonderaufstockung der Krankenhausfinanzierung: + 100,0 Mio. Euro Baransatz für 2011 und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von ebenfalls 100,0 Mio. Euro für die Folgejahre

In den niedersächsischen Krankenhäusern existiert ein Investitionsstau von mindestens 1 Mrd. Euro. Trotzdem will die Landesregierung ausgerechnet hier in diesem Jahr den Rotstift anlegen. Diesem Entwurf der Landesregierung wird als Alternative eine Sonderaufstockung für die Bekämpfung des Investitionsstaus von 100 Mio. Euro entgegen gestellt. Damit dieses auch für die hoch verschuldeten Kommunen umsetzbar wird, soll die Kofinanzierung dieser Krankenhausinvestitionen auf 10 % begrenzt werden.

Flächendeckende Gesundheitsversorgung sicher stellen: + 10,0 Mio. Euro

Der Haus- und Fachärztemangel steht unmittelbar vor der Tür. Ohne konsequente Gegenmaßnahmen wird der zunehmende Ärztemangel gravierende Folgen für die flächendeckende Gesundheitsversorgung in Niedersachsen haben. Daher soll für das Jahr 2011 ein Modellprojekt in Höhe von 10 Mio. Euro etatisiert werden. Es sieht einerseits zinsgünstige Kredite und Anschubhilfen für junge Ärztinnen und Ärzte bei der Niederlassung vor. Andererseits soll das Konzept der Gemeindefschwester (wieder) eingeführt werden.

3. Arbeit, Wirtschaft und Verkehr**Etatisierung eines Sofortprogramms des Landes für die Förderung der Beschäftigung junger Menschen sowie von Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit: + 50,0 Mio. Euro Baransatz für 2011 und jeweils 50,0 Mio. Euro für die Folgejahre**

Deutschland hat unter den OECS-Mitgliedstaaten den höchsten Anteil an Arbeitslosen insgesamt. Jugendarbeitslosigkeit ist nach wie vor ein bedrückendes Problem. Junge Menschen gehören zu den ersten Opfern von Stellenstreichungen in Betrieben und Einrichtungen. Oftmals werden sie nach der Ausbildung nicht übernommen bzw. ihre oft befristeten Verträge nicht verlängert oder sie sind gezwungen, in Praktika ohne Vergütung zu arbeiten.

Mit der Verankerung eines Sofortprogramms des Landes im Haushalt 2011 soll zugleich der Einstieg in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor für Menschen mit Vermittlungshemmnissen, wie er in Berlin und Brandenburg in den jeweiligen Landeshaushalten verankert ist, vorbereitet werden. Das Flächenland Brandenburg will auf diese Weise bis 2014 mindestens 6 500 Vollzeitstellen für langzeitarbeitslose Frauen und Männer schaffen.

Sanierung von Landesstraßen und Bau von Radwegen: + 24,0 Mio. Euro, darunter 10,0 Mio. Euro für den Bau von Radwegen

Das Landesstraßennetz Niedersachsen befindet sich in einem schlechten Zustand. Nach Angaben der Landesregierung weisen 90 % der Landesstraßen Schäden auf; bei 44 % sind die Schäden im mittleren oder stärkeren Bereich. Schwerlasttransporte beeinträchtigen die Straßenqualität in besonderer Weise. Die seit Jahren vernachlässigte Investitionstätigkeit der Landesregierung hat zu einem spürbaren Vermögensverzehr bei den Landesstraßen und zugleich wachsenden Unfallrisiken geführt. Um den Zustand der Landesstraßen dauerhaft zu verbessern, muss das Land daher jährlich erheblich mehr Mittel in die Straßensanierung investieren als im Regierungsentwurf sowie in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2014 vorgesehen ist.

Zugleich stellt der zielgerichtete Ausbau der Radwege eine besondere Herausforderung dar. Es muss das Ziel sein, immer mehr Menschen für die verstärkte Nutzung des umweltfreundlichen Verkehrsmittels Fahrrad zu ermuntern und dafür eine günstige Infrastruktur zu schaffen. Diesen Anliegen verpflichtet, wird mit 24,0 Mio. Euro ein deutlicher Zuwachs im „Investitionsbudget Landesstraßenbauplafond“ (Regierungsentwurf: 59,5 Mio. Euro) beantragt. Von den beantragten zusätzlichen Mitteln sollen 10,0 Mio. Euro zweckgebunden in den Neubau von Radwegen in Landesverantwortung fließen.

Vorbereitung der Vergabe von Aufträgen an Werften in Niedersachsen durch die Flotte des Bundes: + 1,0 Mio. Euro

Die Auftragsituation niedersächsischer Werften kann zielstrebig verbessert werden, wenn die Flotte des Bundes sogenannter seegängiger Wasserfahrzeuge zwingend als Auftraggeber auftritt. Die Flotte des Bundes besteht aus 211 nicht-militärischen Schiffen. Ein erheblicher Teil dieser Schiffe muss ersetzt bzw. rekonstruiert werden. Die Landesregierung soll daher mit der Bundesregierung in Verhandlungen treten, um Aufträge für die niedersächsischen Werften zu akquirieren. Für die Vorbereitung der Auftragsvergabe sollen für Analyse- und Gutachterarbeiten Dritter 1,0 Mio. Euro als Baransatz und ebenfalls 1 Mio. Euro als Verpflichtungsermächtigung für 2012 etatisiert werden.

Stärkung der Verbraucherberatung: + 1,0 Mio. Euro

Seit Amtsantritt der jetzigen CDU/FDP-Regierung sind die Landeszuschüsse von ursprünglich 1,6 Mio. Euro auf jetzt 1,0 Mio. Euro gekürzt worden. Damit können die wachsenden Anforderungen in der Verbraucherberatung vor allem auf den Feldern Wohngebäudesanierung, Reduzierung von Energiekosten sowie Finanzdienstleistungen nicht mehr wie nötig bewältigt werden.

Ausgleich für die Kürzung der Regionalisierungsmittel des Bundes zur Bestellung von Schienenpersonennahverkehrs-Leistungen: + 11,4 Mio. Euro allein durch Umschichtungen, ohne Haushaltsbelastung

Der Bund hat seit dem Bundeshaushalt 2006 die Regionalisierungsmittel gekürzt. Bis zum Jahr 2010 wurden diese Kürzungen durch entsprechend höheren Mitteleinsatz des Landes ausgeglichen. Um im Jahr 2011 keine Abstriche an den Nahverkehrsleistungen in der Region Hannover und im Zweckverband Braunschweig eintreten zu lassen, wird der Baransatz um 11,4 Mio. Euro erhöht. Die Finanzierung erfolgt durch Umschichtungen innerhalb des Einzelplans 08 - Wirtschaft, Arbeit und Verkehr - zulasten der Planungskosten für den beschleunigten Autobahnbau (Netzschlüsse). Über entsprechende Umschichtungen werden auch weitere Investitionen für die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs (Baumaßnahmen Landesplanfond) finanziert.

Umwidmung der Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 9,0 Mio. Euro für die teilweise Vorfinanzierung der Planungskosten für das Prestigeobjekt Y-Trasse durch das Land Niedersachsen (bisherige Verwendung) hin zu wirksamen Alternativen für die Hinterlandanbindung der Nordseehäfen, ohne Haushaltsbelastung

Mehrere Gutachten, darunter des Umweltbundesamtes, belegen, dass die Y-Trasse zwischen Hannover und Bremen bzw. Hamburg kein geeigneter Weg ist, um den rasch wachsenden Hinterlandverkehr zeitnah und kostengünstig zu bewältigen. Es gibt Alternativen, diese Herausforderung wesentlich schneller und mit deutlich geringerer Belastung öffentlicher Haushalte zu bewältigen. Diese Planungsleistungen für Alternativen im Hinterlandverkehr sollen auch mit durch Umwidmung der bisher der Y-Trasse zugedachten finanziellen Mittel erbracht werden.

4. Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft

Mit den Vorschlägen im Bereich Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft wird auf mehr Prävention statt Reaktion gesetzt. Zugleich sollen Schädiger von Umwelt, Klima und Gewässern stärker zur Kasse gebeten werden. Aus diesem Grund wird angeregt, die sogenannte Wasserentnahmegebühr für Kühlwasser für die Industrie zu verdoppeln. Damit sind Mehreinnahmen von 22,0 Mio. Euro für 2011 zu erreichen. Zugleich wird ein Änderungsantrag zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2011 eingebracht, wonach die Wasserentnahmegebühr auch 2011 weiterhin so verwendet wird, wie sie im Wassergesetz vorgesehen ist. Die im Regierungsentwurf 2011 vorgesehenen Änderungen des

Wassergesetzes, die einzig das Ziel haben, den Landeshaushalt sanieren zu helfen, werden gleichzeitig abgelehnt.

Im Bereich der Landwirtschaft können durch Kürzungen nicht nachhaltiger Maßnahmen mehr als 2 Mio. Euro erwirtschaftet werden.

Auflage eines Landesprogramms für die energetische Sanierung von Landesimmobilien: 100,0 Mio. Euro Baransatz für 2011 und Verpflichtungsermächtigungen von jeweils 100,0 Mio. Euro für die Folgejahre

Das Land Niedersachsen verfügt über Landesimmobilien in mehrfacher Milliardenhöhe. Ein Großteil von ihnen entspricht, trotz entsprechender Anstrengungen im Rahmen der Konjunkturpakete I und II, noch nicht den wachsenden Anforderungen des Klimaschutzes. Die für die energetische Sanierung infrage kommenden Immobilien sollen nach einer Rang- und Reihenfolge ausgewählt werden. Mit der Auflage des Landesprogramms soll zugleich die Nachfrage nach Bauinvestitionen sowie Ausrüstungen angekurbelt werden. Das Programm soll im Einzelplan 20 - Hochbau - etatziert werden.

Natur und Landschaft schützen und pflegen: + 3,5 Mio. Euro

Die Kürzungen im Bereich Naturschutz und Landschaftspflege sind nicht hinnehmbar. Auch die Nationalparke, z. B. Harz und Wattenmeer, die ja Aushängeschilder für Niedersachsens Naturschutz und Tourismus sind, dürfen nicht vernachlässigt werden. Daher müssen die Mittel insgesamt um 3,5 Mio. Euro erhöht werden.

Gewässerschutz verbessern: + 9,5 Mio. Euro

Viele Flüsse Niedersachsens sind in einem schlechten Zustand. Um damit zu beginnen, die Europäische Wasserrahmenrichtlinie umzusetzen, werden zusätzliche Mittel von 6 Mio. Euro eingesetzt. Auch der Meeresschutz kommt wenig voran. Deshalb sind auch hier mehr Mittel einzusetzen, und zwar 3,5 Mio. Euro.

Küstenschutz erhalten: + 3,0 Mio. Euro

Kürzungen an der Unterhaltung und Pflege sind abzulehnen. Um die Kürzungen der Landesregierung in diesem Bereich zu verhindern, müssen 3,0 Mio. Euro zusätzlich eingestellt werden.

Altlastenfonds aufbauen und Bürger entlasten: +1,4 Mio. Euro

Es muss endlich der Aufbau eines Altlastenfonds angestoßen werden, in den Land und Wirtschaft paritätisch einbezahlen, um die vielen Altlastenprobleme wie z. B. in Hannover angehen zu können.

Ausweitung des Freiwilligen Ökologischen Jahres: + 0,3 Mio. Euro

Das Freiwillige Ökologische Jahr stellt eine gute Maßnahme dar, um junge Menschen mit Umweltfragen vertraut zu machen. Die Projektträger sollen deshalb 260 000 Euro mehr Förderung erhalten, um 50 weitere Plätze anbieten zu können.

Landesförderung für den Aufbau eines flächendeckenden Stoffstrommanagements in Kommunen: + 3,0 Mio. Euro

Das Land soll ein Förderprogramm für ein flächendeckendes Stoffstrommanagement in den Kommunen auflegen. Damit werden die Rohstoff- und Abfallströme in einer Region systematisch erfasst und effizient und optimiert genutzt. Der Fördersatz sollte sich anhand der Haushaltslage der jeweiligen Kommune entsprechend staffeln, bei defizitären Haushaltslagen bis zu 100 %. Für diese konkrete Maßnahme für Klima- und Ressourcenschutz müssen die Mittel um 3,0 Mio. Euro aufgestockt werden.

Landesförderung für die Entwicklung von Speichertechniken für Strom aus Erneuerbaren Energien: + 2,0 Mio. Euro

Für die Speicherung von regenerativen Energien müssen praxistaugliche Konzepte entwickelt werden. Ebenso notwendig ist die Vernetzung regenerativer Energieerzeuger. Daher sollen für die Förderung von Kombikraftwerken und von Speichertechnik für regenerative Energie, z. B. Druckluftspeicher, 2 Mio. Euro zusätzlich veranschlagt werden.

Geothermie voranbringen: + 4,0 Mio. Euro

Die Geothermie wird in Deutschland einen wesentlichen Part bei der Grundlastversorgung spielen. Niedersachsen steht da quasi bei Null. Deshalb sind die Forschungsanstrengungen zu verstärken (+2,0 Mio. Euro) als auch konkrete Projekte umzusetzen (2,0 Mio. Euro).

Schulobst für alle Schulen in Niedersachsen: + 40,0 Mio. Euro Baransatz sowie in jeweils gleicher Höhe als jährliche Verpflichtungsermächtigung ab 2012

Es soll ein eigenfinanziertes Schulobstprogramm aufgelegt werden, das jeder Schülerin und jedem Schüler täglich ein Stück Obst sichert. Das Obst ist vorrangig aus der Region und aus ökologischem Landbau zu beziehen.

Schulmilch für alle Grundschüler: + 20,0 Mio. Euro Baransatz sowie in jeweils gleicher Höhe als jährliche Verpflichtungsermächtigung ab 2012

Mit einem Landesschulmilchprogramm an Grundschulen soll die Versorgung aller Kinder mit Milch gesichert werden. Die Milch soll aus Niedersachsen bezogen werden und den Milchbauern faire Erzeugerpreise garantieren. Von diesem Programm profitieren insbesondere Kinder aus ärmeren Familien. Gleichzeitig werden die niedersächsischen Milchbauern unterstützt.

Förderung des Ökologischen Landbaus sowie der Verarbeitung und Vermarktung ökologisch und regional erzeugter Produkte: + 3,0 Mio.

Ökologischer Anbau und regional erzeugte Produkte unterstützen regionale Wirtschaftskreisläufe und den ländlichen Raum. Gleichzeitig werden das Klima und die Umwelt geschont. Deshalb sollen Maßnahmen des ökologischen Landbaus mit + 2 Mio. Euro und die Förderung ökologisch und regional erzeugter Produkte mit + 1 Mio. Euro vorangetrieben werden.

Forschungsförderung für artgerechte und umwelt- und sozialverträgliche Tierhaltung: + 1,0 Mio. Euro

Die Massentierhaltung schädigt die Umwelt Niedersachsens und bringt Belastungen für Tiere und Menschen. Um alternative Tierhaltungen durchzusetzen braucht es mehr Forschung. Dazu wird ein Titel im Haushaltsentwurf umgewidmet (+ 300 000 Euro) und zusätzliche Mittel (700 000 Euro) eingestellt.

Mehr Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz: + 1,0 Mio. Euro

Die durch Umweltgifte und Profitgier verursachten Lebensmittelskandale nehmen zu. Die Verbraucher benötigen Sicherheit. Deshalb ist es notwendig, die Lebensmittelüberwachung in Niedersachsen auszubauen. Für die dafür unabdingbare Einstellung von mehr qualifiziertem Personal und für zusätzliche Kontrollen und Untersuchungen entsteht ein Mehrbedarf in Höhe von 1 Mio. Euro im Haushalt 2010.

5. Inneres, Datenschutz und Justiz**Erhöhung der Erschwerniszulage für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte und 500 Stellenhebungen nach A 10: + 12,835 Mio. Euro**

Damit wird ein Teil der Forderungen der Gewerkschaft der Polizei erfüllt. Stellenhebungen wie auch die Erhöhung der Erschwerniszulage auf 5,00 Euro pro Stunde befördern die Motivation der Polizeibeamtinnen und -beamten und erhöhen die Attraktivität des Polizeiberufs.

Bekämpfung von Neonazismus, Rassismus, Stärkung der Integration von Migrantinnen und Migranten und Auflage eines Programms für die Ansiedlung von Flüchtlingen: + 6,7 Mio. Euro

Die Haushaltsansätze für die Bekämpfung von Neonazismus, Rassismus und Stärkung der Integration von Migrantinnen und Migranten sowie die Förderung von Demokratie und Toleranz sollen um 1,7 Mio. Euro erhöht werden. Für die Auflage eines Programms für die Ansiedlung von ausländischen Flüchtlingen in Niedersachsen sollen insgesamt 5,0 Mio. Euro etatisiert werden.

Verankerung von zusätzlich 10 Stellen im Bereich des Landesbeauftragten für den Datenschutz: + 0,6 Mio. Euro

Die Notwendigkeiten des Datenschutzes werden von der Landesregierung bisher stark vernachlässigt. Der Datenschutz soll daher zusätzliches Personal einstellen und einen entsprechenden Personalkostenaufwuchs erhalten. Der Landesbeauftragte für den Datenschutz soll im Sinn eines Urteils des Europäischen Gerichtshofes überhaupt deutlich gestärkt und unabhängig von der Landesregierung gemacht werden.

Ausgaben für Castor-Transporte in Höhe von 16,0 Mio. Euro streichen

Die Castor-Transporte nach Gorleben werden abgelehnt. Die im Haushaltsentwurf 2011 veranschlagten Mittel für den entsprechenden Polizeieinsatz in Höhe von 16,0 Mio. Euro werden daher gestrichen.

Streichung des Neubaus der Justizvollzugsanstalt Bremervörde: Verpflichtungsermächtigungen für 2012 und die Folgejahre insgesamt: - 294,0 Mio. Euro

Die Landesregierung hält an dem Öffentlich-Privaten-Partnerschafts-Projekt (ÖPP) Justizvollzugsanstalt Bremervörde unvermindert fest. Untersuchungen in anderen Bundesländern belegen jedoch, dass aus inhaltlichen wie aus finanziellen Gründen solche Projekte überflüssig sind. Durch die Streichung des Projektes könnten in den kommenden Jahren insgesamt 294,0 Mio. Euro eingespart werden.

Schaffung von zusätzlich zehn Richterstellen bei den Sozialgerichten mit dem dazugehörigen Verwaltungsaufwand, 360 Stellenhebungen von A 5 nach A 6 an den Gerichten und Staatsanwaltschaften des Landes und Mittel zu Verbesserung der Situation von Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren. + 4,95 Mio. Euro

Die Sozialgerichte sind überlastet. Die Vergütung von Justizangestellten in den unteren Gehaltsstufen und die Unterhaltsbeihilfe von Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren sind mit 85 % des nach Bundesbesoldungsgesetz geltenden Anwärtergrundbetrages völlig unzureichend.

Landesförderung zur Sanierung von Anlagen für den Breitensport in Städten und Gemeinden: + 2,5 Mio. Euro

Der Sanierungsbedarf bei Sportanlagen in Niedersachsen ist weiterhin sehr hoch. Deshalb ist eine verlässliche Mittelerhöhung in Höhe von 2,5 Mio. Euro dringend geboten.

6. Haushalte von Städten, Gemeinden und Landkreisen**Erhöhung der Zuweisungen des Landes Niedersachsen an Städte, Gemeinden und Landkreise (kommunaler Finanzausgleich): + 350,0 Mio. Euro. Zugleich soll die Grundstruktur des kommunalen Finanzausgleichs überprüft und so korrigiert werden, dass eine aufgabengerechte Finanzausstattung in den Städten, Gemeinden und Landkreisen sowie ein angemessener finanzieller Ausgleich zwischen unterschiedlich leistungsfähigen Kommunen möglich werden.**

Die prekäre Haushaltsentwicklung von niedersächsischen Städten, Gemeinden und Landkreisen ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, zum überwiegenden Teil nicht von den Kommunen selbst verschuldet. Die anhaltende kommunale Haushaltskrise mit ihren davon ausgehenden Kürzungen bei Ausgaben, namentlich bei Personal und Investitionen sowie freiwilligen Leistungen, ist vielmehr vor allem die Folge des Vollzugs von kommunalfeindlichen Bundes- und Landesgesetzen. Dazu gehört auch die von der Landesregierung und der sie tragenden CDU/FDP-Koalition im Haushaltsgesetz 2010 veranlasste Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs von über einer halben Milliarde Euro im Vergleich zum Jahr 2009. Die Konjunkturbelebungsmaßnahmen 2010 und die damit einhergehenden tendenziell höheren Steuereinnahmen von Städten und Gemeinden, vor allem in wirtschaftsstärkeren Regionen, haben aber landesweit zu keiner durchgreifenden Verbesserung der kommunalen Finanzlage geführt. Es ist daher dringend geboten, deutlich mehr Mittel für den kommunalen Finanzausgleich als die im Regierungsentwurf veranschlagten 2,760 Mrd. Euro vorzusehen.

7. Vermögensveräußerungen

Reduzierung der Vermögensveräußerungen des Landes auf den Verkauf bzw. die Zuordnung von Landesvermögen an Kommunen: 550,0 Mio. Euro weniger an Landeseinnahmen

Der im Haushaltentwurf vorgesehene Verkauf von Landeswald an Private wird abgelehnt. Zugleich werden, dem Grundsatz von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit verpflichtet, die im Etatposten „Vermögensveräußerungen“ erneut enthaltenen erheblichen „Luftbuchungen“ beseitigt. Zum Vergleich: Bei einem Haushaltsansatz 2010 in Höhe von 280,0 Mio. Euro waren zum 30. September lediglich 246 018,98 Euro aus Vermögensveräußerungen realisiert. Im Jahr 2009 wurden tatsächlich nicht einmal 10 Mio. Euro aus Vermögensveräußerungen realisiert. Es soll im Etat 2011 nur ein Restposten von ca. 30 Mio. Euro verbleiben - im Zusammenhang mit möglichen Verkäufen von Landesvermögen an Städte, Gemeinden und Landkreise.

8. Steuerverwaltung (Finanzämter)

Etatisierung von zusätzlich 100 Stellen in den Finanzämtern: + 6,0 Mio. Euro sowie deutliche Anhebung der Einstellungsquote für Steueranwärterinnen und -anwärter: + 4,2 Mio. Euro

In Niedersachsen sind längst nicht alle aufgrund der vom Finanzministerium selbst erstellten Personalbedarfsberechnung benötigten Stellen besetzt. Danach wird der Personalbedarf der Finanzämter in Höhe von 10 924 Vollzeitstellen im Haushalt 2010 nur mit 10 258 Vollzeitstellen abgesichert. Es fehlen 666 Vollzeitstellen, vor allem in den Bereichen Betriebsprüfung und Steuerfahndung, die nicht im Haushalt abgebildet sind.

In den nächsten Jahren verlässt darüber hinaus ein großer Teil der Beschäftigten aus Altersgründen die Finanzämter. Die Zahl der in den letzten Jahren eingestellten Nachwuchskräfte reicht bei weitem nicht aus, um den Personalverlust auszugleichen und den Notwendigkeiten - vollständige Steuererhebung und Steuergerechtigkeit - zu entsprechen.

Mit der vorgeschlagenen Etatisierung von 100 zusätzlichen Stellen und der deutlichen Anhebung der Einstellungsquote für den Berufsnachwuchs soll ein dingend gebotener Schritt für die notwendige Verbesserung des Steuervollzugs gegangen werden.

Etatisierung von insgesamt 2.208 Stellenhebungen im mittleren bzw. gehobenen Dienst der Finanzämter gemäß den Vorschlägen der Steuergewerkschaft Niedersachsen: + 12,7 Mio. Euro

Infolge der von der Landesregierung veranlassten mehrjährigen Kürzungen der Mittel in der Steuerverwaltung ist ein massiver Beförderungsstau eingetreten. Das beeinträchtigt spürbar die Leistungsmotivierung in den Finanzämtern.

9. Wiedereinstieg in die Weihnachtsgeldzahlung für die niedersächsischen Landesbeamtinnen und -beamten in Höhe von zunächst 1 000 Euro je Beamtin bzw. Beamten sowie von 800 Euro je Versorgungsempfängerin bzw. Versorgungsempfänger: + 186,2 Mio. Euro

Die rund 127 000 Landesbeamtinnen und -beamten sowie die ca. 74 000 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger dürfen nicht länger die „Sparschweine der Landesregierung“ sein. Daher soll die Landesregierung dafür sorgen, dass die Weihnachtsgeldzahlung für diesen Personenkreis wieder aufgenommen wird. In einem ersten Schritt sollen 1 000 Euro je Beamtin/Beamter und 800 Euro je Versorgungsempfängerin/Versorgungsempfänger geleistet werden.

Zur Finanzierung der Schwerpunkte des Landeshaushaltes 2011

Die vorstehend eingebrachten Vorschläge und Alternativen zu Schwerpunkten im Haushalt erhöhen die geplanten Ausgaben insgesamt in Höhe von rund 1,950 Mrd. Euro. Darin sind bereits saldiert die aufgeführten Ausgabenreduzierungen sowie weitere Kürzungen der Ausgaben vor allem für Repräsentation und Öffentlichkeitsarbeit in der Staatskanzlei und in vielen Ministerien enthalten.

Der Regierungsentwurf 2011 sieht eine Neuverschuldung in Höhe 1,950 Mrd. Euro vor. Mit den jetzt in Änderungsanträgen aufgeführten Schwerpunkten für den Haushalt 2010 und ihrer Umsetzung würde sich die Neuverschuldung des Landes um ebenfalls 1,950 Mrd. Euro auf dann insgesamt 3,900 Mrd. Euro erhöhen. Eine weitere Erhöhung der Neuverschuldung ergibt sich daraus, dass vorgeschlagen wurde, die Einnahmeposition „Vermögensveräußerungen“ um 550 Mio. Euro zu kürzen. Das ergäbe dann eine Neuverschuldung in Höhe von 4,450 Mrd. Euro.

Diese 4,450 Mrd. Euro werden durch die nachfolgend aufgeführten Alternativen bei den Einnahmen vollständig gegenfinanziert. Bei Verwirklichung dieser Alternativen brauchte Niedersachsen keine neuen Schulden aufzunehmen. Niedersachsen könnte sogar damit beginnen, Altschulden von 90 Mio. Euro zu tilgen.

Es werden auf der Einnahmeseite folgende Änderungen im Landeshaushalt 2011 beantragt und im Einzelplan 13 - Allgemeine Finanzverwaltung - etatisiert:

Erstens können durch Änderungen des Steuerrechts im Ergebnis von Bundesratsinitiativen nachhaltige Mehreinnahmen für den Landeshaushalt in Höhe von insgesamt 3,6 Mrd. Euro erzielt werden:

- Die Wiedererhebung einer reformierten Vermögensteuer ergibt zusätzliche Einnahmen in Höhe von 1,1 Mrd. Euro.
- Die Änderung des Steuerrechts bei der Erbschaftsteuer hin zu einer Großerbensteuer erbringt zusätzliche Einnahmen von 0,7 Mrd. Euro.
- Die Rücknahme der Senkung des Steuersatzes von 25 % auf 15 % bei der Körperschaftssteuer ergibt zusätzliche Einnahmen von 0,7 Mrd. Euro.
- Die Einführung einer Börsenumsatzsteuer nach dem Vorbild der britischen Stempelsteuer, deren Aufkommen anteilig nach dem Schlüssel der Umsatzsteuer auf Bund, Länder und Gemeinden verteilt wird, erbringt zusätzliche Einnahmen in Höhe von 1,1 Mrd. Euro.

Zweitens lassen die Ergebnisse der regionalisierten Steuerschätzung für Niedersachsen vom 5. November 2010 für das Jahr 2011 Steuermehreinnahmen in Höhe von 645 Mio. Euro erwarten. Diese Steuermehreinnahmen sind nicht Bestandteil des Regierungsentwurfs und werden ebenfalls im Einzelplan 13 - Allgemeine Finanzverwaltung - etatisiert.

Drittens können bei Verwirklichung der im Einzelplan 04 - Finanzministerium - beantragten Maßnahmen für die personelle Stärkung der Finanzämter, insbesondere in den Bereichen Betriebsprüfungen und Steuerfahndung, sowie für die höhere Motivation der Beschäftigten in der Steuerverwaltung Mehreinnahmen in Höhe von 300 Mio. Euro erzielt und in Einzelplan 13 - Allgemeine Finanzverwaltung - etatisiert werden.

Kreszentia Flauger
Fraktionsvorsitzende